

BGA-Präsident Anton F. Börner wirbt in Paris für ein offenes Frankreich

BGA-Präsident Börner positioniert sich bei einem Vortrag in Paris klar zum französischen Wahlkampf. Am Donnerstag flog er vor der Stichwahl zum Präsidentenamt in die französische Hauptstadt um vor Ort mit seiner Rede „Internationaler Handel in der Ära des Protektionismus - Wohin gehen Europa und die Welt?“ für Europa zu werben.

„Die Idee des freien Handels und der Freizügigkeit sind heute nicht mehr selbstverständlich. Sie werden gerade auch in Europa hinterfragt. In Freiheit, Frieden, Wohlstand und Solidarität leben zu dürfen, hat heute an Ausstrahlungs- und Anziehungskraft verloren.“ Dies betonte Börner und wies darauf hin, dass, wenn die öffentlichen Entscheidungsprozesse immer komplizierter würden und damit weniger transparent, dann entstünde die Sehnsucht nach Personen, die schnelle und einfache Entscheidungen fällen. Das führe nicht zu einer Verbesserung der Entscheidungen, wie wir aus der Geschichte wissen. Denn intelligente und rationale Entscheidungsprozesse seien uncharismatisch und langwierig. Sie seien nicht leicht der Öffentlichkeit transparent zu machen.

„Es führt zu einem Zusammenbruch Europas, wenn Frankreich die Europäische Union und den Euro verlasse“, sagte der BGA-Präsident.

Welche Antworten gibt es im Zeitalter der Globalisierung?

„Was gibt es denn für Antworten im Zeitalter der Globalisierung? Wir sind gezwungen bestimmte Dinge, die die Nationalstaaten nicht einzeln leisten können, gemeinsam zu managen: Das ist einmal die Auseinandersetzung mit einem zunehmend aggressiver werdenden Islam. Auch den Zustrom von Flüchtlingen wird kein Land alleine meistern können. Der Terrorismus wird nicht vor Schlagbäumen haltmachen. Aber auch die Themen Wachstum, Arbeitsplätze, Energieversorgung, Digitalisierung und Telekommunikation können und müssen europäisch gelöst werden. Kann man Microsoft, Google oder Facebook etwas entgegense-

zen? National sicher niemals! Es ist eben deshalb verwerflich, den Menschen vorzumachen, dass es in einer Welt, die kompliziert ist, einfache Lösungen gibt und dass diese dann vor allem national gelöst werden könnten. Es ist eben falsch zu sagen, in dieser Welt könne sich ein europäisches Land allein und ohne die EU Gehör verschaffen oder seine wirtschaftlichen Interessen besser durchsetzen,“ betonte Börner.

Man solle jetzt ganz pragmatisch zwei oder drei der dringenden Aufgaben angehen, die kein Mitgliedsstaat alleine kann: Migration und kulturelle Integration, äußere und innere Sicherheit und schließlich die Bewahrung der gemeinsamen Währung und der wirtschaftlichen Integration. Zudem müsse man die Menschen von ihren Ängsten vor der Globalisierung und Überfremdung befreien. Dazu müsse man ihnen unsere Lösungsansätze in ihrer Sprache erklären.

Protektionismus ist keine Alternative

„Unsere Zukunft ist die Welt und da haben Deutschland und Frankreich im speziellen eine bedeutende Angebotspalette. Sie sind wirklich attraktiv, wirklich interessant für die Welt. Und weil wir einer enorm wachsenden Nachfrage gegenüber stehen, können wir auch einen hohen Preis für unsere Leistungen erzielen. Damit können wir uns dann auch den Sozialstaat mit seinen Sicherungssystemen realisieren,“ so Börner weiter.

Deshalb sei Protektionismus keine Alternative. Deswegen brauchten wir - und dafür kämpften wir - einen freien Weltmarkt. Gerade die Funktion des Handels erlaube uns komparative Vorteile auf der ganzen Welt zu nutzen, die zu einer

Erhöhung der Wertschöpfung führe. Nur so könnten wir Sozialprogramme und sichere Renten garantieren.

„Wir müssen vielmehr daran arbeiten, Europa so zu gestalten, dass es für die Menschen wieder zum Löser von Problemen und zum Hoffnungsträger für die Zukunft wird. Noch viel mehr als gemeinsame Werte braucht Europa Erfolg. Einen Erfolg, der fühlbar ist für alle Mitgliedsstaaten und auch für alle gesellschaftlichen Schichten. Im Wesentlichen müssen neue Arbeitsplätze für junge Leute entstehen,“ so Börner abschließend vor Unternehmern und Studenten in Paris.

[André Schwarz]

BGA AKTUELL

BGA: Unsicherheit bestimmt weiterhin die politische Agenda

„Nach den ersten 100 Tagen des neuen US-Präsidenten Donald Trump überwiegt für den deutschen Außenhandel zunächst die gute Nachricht, dass man auf die umstrittene Grenzausgleichssteuer für Importe verzichtet. Dies hätte deutsche Unternehmen erheblich benachteiligt. Doch Jubel über einen handelspolitischen Kurswechsel wäre angesichts der jüngsten „Buy American, Hire American“-Politik Trumps sicherlich fehl am Platz. Zudem hat Trump schon erheblichen Schaden angerichtet. Das Klima der Verunsicherung, das der neue US-Präsident mit seiner Antiglobalisierungspolitik geschaffen hat, wirkt sich bereits hemmend auf Handel und Investitionen aus. Auch die einseitige Kündigung des transpazifischen Freihandelsabkommens TPP war geopolitisch ein schwerer Fehler.“ Dies erklärt BGA-Präsident Anton F. Börner anlässlich des 100-Tage-Amtsjubiläums des neuen US-Präsidenten.

📌 BGA-Pressemitteilung vom 28. April 2017

TARIFPOLITIK

Verhandlungsaufakt im Groß- und Außenhandel

Die diesjährige Lohn- und Gehaltstarifrunde im Groß- und Außenhandel ist am 20. April in Bayern gestartet. Weitere erste Verhandlungsrunden fanden bereits in Baden-Württemberg, Hamburg und Nordrhein-Westfalen statt. Die Entgeltforderungen der Gewerkschaft ver.di liegen je nach Region zwischen 5,6 und 6 Prozent, in den unteren Entgelt-

gruppen durch Festbetragsforderungen bis zu 150 Euro pro Monat auch deutlich höher. Die Verhandlungen wurden jeweils vertagt und werden im Mai fortgesetzt.

[Alexander Kolodzik]

RECHT

Bundestag verabschiedet neues Bundesdatenschutzgesetz

Das Datenschutz-Anpassungs- und -Umsetzungsgesetz EU ("neues Bundesdatenschutzgesetz") hat der Bundestag Ende April 2017 in 2./3. Lesung verabschiedet. Das Gesetz dient der Anpassung der nationalen Gesetze an die EU-Datenschutz-Grundverordnung. Der Bundesrat wird sich am 12. Mai 2017 mit dem Gesetzentwurf befassen. Es ist zu erwarten, dass er dem Gesetzentwurf seine Zustimmung erteilt. Damit würde das Gesetz in Kürze endgültig verabschiedet, jedoch erst zum 25. Mai 2018 Wirkung entfalten.

Der Bundestag hat die Änderungen des Innenausschusses zum Gesetzentwurf der Bundesregierung aufgenommen. Ein wesentlicher Punkt, auf welchen auch der BGA in seiner Eingabe vom 21. März hingewiesen hatte, ist übernommen worden. So hätte nach der Formulierung des ursprünglichen Gesetzestextes Unsicherheit bestanden, ob auch weiterhin Dritte wie Inkassounternehmen berechtigt sind, anstelle und im Auftrag des Gläubigers Informationen an Auskunftsteilen zu übermitteln. Diese Unsicherheit besteht nach der vom BGA geforderten Änderung des Gesetzes nun nicht mehr.

Die weiteren Änderungen am Gesetzentwurf und die Auswirkungen des neuen Bundesdatenschutzgesetzes auf die Praxis der Handels- und Dienstleistungsunternehmen wird in der kommenden Sitzung des BGA-Rechtsausschusses am 17. Mai 2017 in Berlin besprochen.

[Alexander Kolodzik]

AUSSENWIRTSCHAFT

Import Promotion Desk (IPD) bringt indonesische Holz-Exporteure zur Interzum

Es ist deutlich leichter als heimische Hölzer, sein Anbau leistet einen Beitrag zum Schutz der Urwälder und es steht im Einklang mit der EU-Holzhandelsverordnung: Leichtholz

aus Indonesien wird in Deutschland zunehmend im Haus- und Möbelbau sowie im Innenausbau eingesetzt. Auf der Interzum in Köln, der Weltleitmesse für Möbelfertigung und Innenausbau, werden vom **16. bis 19. Mai 2017** auch sechs indonesische Leichtholzexporteure ihre Produkte zeigen.

Indonesische Bauern pflanzen die Leichthölzer Balsa, Albasia und Jabon in großen Mengen an und forsten damit geschädigte Flächen auf. Sie profitieren davon, dass Leichthölzer fünfmal so schnell wachsen wie die Fichte in europäischen Breitengraden und dass das tropische Klima Indonesiens 12 Monate lang Wachstum ermöglicht.

Die Aussteller blicken auf bis zu 40 Jahre Erfahrung in der Holzverarbeitung zurück. Zudem kann Indonesien, das im Rahmen des bestehenden "Sistem Verifikasi Legalitas Kayu (SVLK)" bereits seit Januar 2013 für seine Holzlieferungen sogenannte VLegal Dokumente als Legalitätsnachweise ausstellt, seit dem 15. November 2016 als erstes Land weltweit FLEGT-Genehmigungen ausstellen. Mit dieser Genehmigung bestätigt die zuständige indonesische Stelle, dass die ausgeführten Holzprodukte legalen Ursprungs sind. Für Lieferungen mit FLEGT-Genehmigung benötigen Importeure keine Sorgfaltspflichtregelung im Sinne der Europäischen Holzhandelsverordnung (European Timber Regulation, EUTR).

Die Teilnahme der indonesischen Exporteure an der Interzum hat das IPD initiiert. Die Nachhaltigkeit der tropischen Leichthölzer war ausschlaggebend für das IPD, um qualifizierte indonesische Verarbeiter beim Zugang zum deutschen und europäischen Markt zu unterstützen. Frank Maul, Spezialist Sourcing und Einkauf beim IPD: „Wir sind überzeugt, der Schutz der Tropenwälder ist nur dann möglich, wenn einerseits die vorhandenen Urwälder nachhaltig bewirtschaftet werden und andererseits ernsthaft und großflächig aufgeforstet wird.“ Das IPD vermittelt Kontakte zwischen Holzimporteuren und indonesischen Herstellern und steht dabei in enger Verbindung mit indonesischen Verbänden und Initiativen der Holzwirtschaft.

[Anna Peter]

KONJUNKTUR

Wirtschaftsforscher prognostizieren moderaten Wachstumspfad

Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten für Deutschland weiterhin einen soliden Aufschwung. Die Eckdaten des

Frühjahrgutachtens dienen der Bundesregierung als Grundlage ihrer eigenen Prognosen. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren für 2017 ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von +1,5 Prozent und im nächsten Jahr von 1,8 Prozent.

Neben der Wirtschaftsprognose nehmen die Wirtschaftsforscher auch zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen Stellung. Ihrer Meinung nach ist der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands recht hoch und könne auf Defizite des Investitionsstandortes hinweisen. Sie empfehlen die Standortbedingungen für Unternehmen durch investive Ausgaben in Bildung und zukunftsorientierte Infrastrukturprojekte zu verbessern. Insbesondere mit Blick auf einen internationalen Vergleich wird eine Reduzierung der Belastung durch staatliche Regulierungen empfohlen. Nicht zu vergessen ist jedoch, dass die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank auch zu solch einem hohen Leistungsbilanzüberschuss maßgeblich beiträgt.

Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries bewertet das Gutachten positiv. Demnach ist die deutsche Wirtschaft in einer guten und robusten Verfassung. „Damit das so bleibt, ist Deutschland auf Investitionen in Bildung und Infrastruktur sowie eine stabile Weltkonjunktur und offene Handelsbeziehungen angewiesen. Deshalb setze ich mich für freien und fairen Handel ein und dafür, dass die Menschen stärker am Wohlstand teilhaben können. Wir brauchen inklusives Wachstum, also Wachstum für Alle, damit es gerechter zugeht in unserem Land“ so ihre Worte zum Gutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute. Die Frühjahrsprojektion der Bundesregierung wird am 26. April 2017 vorgelegt.

① Link zur Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute: <http://gemeinschaftsdiagnose.de/>

[Moritz Melchior]

AGRAR- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

Sonny Perdue als US-Landwirtschaftsminister bestätigt

Drei Monate nach seiner Amtseinführung hat US-Präsident Donald Trump einen seiner wenigen noch offenen Kabinettsposten besetzt. Im April bestätigte der US-Senat die

Ernennung des 70-jährigen früheren Gouverneurs von Georgia, Sonny Perdue, zum neuen Landwirtschaftsminister. Perdue ist selbst Sohn eines Farmers und steht vor schwierigen Aufgaben. So will das Weiße Haus die Mittel des US-Landwirtschaftsministeriums um 21 Prozent kürzen. Zudem hat Mexiko als Reaktion auf die ablehnende Haltung von Trump zum Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (Nafta) damit gedroht, die milliardenschweren Einfuhren von Mais aus den Vereinigten Staaten zu stoppen.

[Sebastian Werren]

Niedersachsen will Hygienebarometer einführen

Die niedersächsische Landesregierung hat angekündigt, ein „Hygienebarometer“ einzuführen. Dieses sollen kontrollierte Betriebe künftig aushängen können, um für sich zu werben. Verbraucher sollen anhand des Hygienebarometers nachvollziehen, wie Betriebe bei Lebensmittelkontrollen abgeschnitten haben. Nach Angaben des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums handelt es sich um eine freiwillige Regelung. Die Unternehmen sollen selbst darüber entscheiden können, ob sie die Hygienebeurteilung nutzen und im Betrieb aushängen wollen. Allerdings sollen alle Ergebnisse dokumentiert werden und als Basis für zutreffende Maßnahmen dienen.

Das Kontrollvorhaben wird laut Agrarressort zunächst pilotweise in Hannover und Braunschweig getestet. Dabei erhalten die amtliche Hygienebeurteilung neben Gastronomiebetrieben auch Bäckereien und Fleischereien sowie Einzelhandelsbetriebe und Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung. Geprüft werden die Einhaltung der Kühl- und Hygienevorschriften, der bauliche Zustand, die Personalhygiene, die Rückverfolgbarkeit, die Kennzeichnungsvorschriften sowie die Dokumentationspflichten im Rahmen der Eigenkontrolle. Die Kriterien und die Gestaltung des „Hygienebarometers“ wurden nach Angaben des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums mit den Vertretern der Pilotstädte und der Landesverbraucherzentrale abgestimmt. Verbände und Kommunen seien aber weiterhin zur Mitwirkung bei der Umsetzung und bei Fragen zur Praktikabilität aufgerufen. Eine landesweite Einführung entsprechender Kontrollen soll noch in diesem Jahr erfolgen. Der BGA lehnt eine Pflicht zur Veröffentlichung von Kontrolleergebnissen ab.

[Sebastian Werren]

VERKEHR

Neues Luftverkehrskonzept zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Luftverkehrsbranche

Das Bundesverkehrsministerium hat in dieser Woche das lang erwartete Luftverkehrskonzept vorgestellt. Darin spricht sich das Ministerium unter anderem für einen „Einstieg in den Ausstieg“ aus der Luftverkehrsteuer in Deutschland aus. Daneben macht sich das Ministerium für eine Umsetzung geplanter Ausbauprojekte stark und wendet sich gegen ein generelles Nachtflugverbot in Deutschland. Das Konzept nennt zwölf Flughäfen, die „im Interesse des Bundes“ liegen – wegen ihrer internationalen Anbindung, der Rolle für Luftfracht, als Ausweichstandorte mit 24-Stunden-Betrieb oder für Forschungszwecke: Berlin-Brandenburg, Braunschweig, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Köln/Bonn, Leipzig, München, Nürnberg, Oberpfaffenhofen, Stuttgart.

[Meike Tilsner]

Zitat der Woche

»Die europäische Ära beginnt.«

BGA-Präsident Anton F. Börner in seiner Rede in Paris.

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg, Sarah Turan
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 5. Mai 2017
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich